Der Stanesdorper

Weiter Stillstand beim Straßenbau Seite 2

Sicherheit in TKS Seite 3

Sozialverträgliche Elternbeiträge Seite 4

Sichere Schulwege in Stahnsdorf Seite 6

Ausgabe 1/2013 *Stahnsdorf • Güterfelde • Sputendorf • Schenkenhorst* 1. Jahrgang

Ortsentwicklung und Bürgerbefragung

Demokratische Meinungsbildung oder Placebo?

Wie soll sich unser Ort weiterentwickeln? Was wollen wir bewahren? An welchen Stellen brauchen wir Veränderung? Wo ist eigentlich die Mitte unseres Ortes? Wer darf mitreden und mitbestimmen? Diesen wegweisenden und spannenden Fragen ging im vergangen Jahr die AG Ortsmitte nach. Auf Beschluss der Gemeindevertretung sollte ein Leitbild für die Ortsentwicklung erarbeitet werden, um Perspektiven für eine attraktive, freundliche und lebenswerte Gemeinde zu schaffen. In Ersatzvornahme für unseren Bürgermeister Bernd Albers, der bislang eine städtebauliche Vision für Stahnsdorf schuldig blieb, begaben sich engagierte und interessierte Stahnsdorferinnen und Stahnsdorfer auf die Suche nach der Identität ihres Ortes und dessen künftige Entwicklung.

Viele Stunden diskutierten und rangen sie um Ergebnisse zu den Themenbereichen Dorfmitte, Feuerwehrstandort, Bürgerhaus und Annastraße. Inzwischen haben alle gebildeten Arbeitsgruppen ihre jeweiligen Abschlussberichte vorgelegt. Ein erstes Fazit sei an diese Stelle erlaubt: Das große Engagement und die vielen Stunden Freizeit haben sich gelohnt, denn die einzelnen Arbeitsgruppen haben gute, nachvollziehbare Ergebnisse erzielt. Im Einzelnen können sie auf der Seite der Stahnsdorfer Verwaltung im Internet nachgelesen werden. Doch leider widersprechen sich diese Ergebnisse in vielerlei Hinsicht, weil es keine Steuerung und keinen Abgleich der Richtungen gab. Viel zu oft wurde parallel gearbeitet. So kommt es, dass die Feuerwehr einen Neubau benötigt, doch ohne Entwicklung der Flächen an der Annastraße die Gelder dafür fehlen dürften. Gleichwohl soll das Bürgerhaus am alten Standort der Feuerwehr eine Heimstatt finden. Auch der Umbau dürfte teuer werden, und ob die angedachten 199 Plätze ausreichen, darf zumindest bezweifelt werden. Zugleich soll der Dorfplatz unverändert bleiben.

Doch statt diese Widersprüche aufzulösen, inszeniert sich Bürgermeister Albers als progressiver Geist. Mit dem Versand eines Fragebogens nebst Konterfei an die Stahnsdorfer Haushalte erliegt er letztlich der Versuchung, die geleistete Arbeit und erzielten Ergebnisse als eigenes Wirken vereinnahmen zu wollen. Eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit soll und muss erfolgen. Doch bitte über ein schlüssiges Konzept. Bernd Albers wäre gut beraten gewesen, die Ergebnisse zusammen zu führen und notwendige Kompromisse auszuloten. Das bedeutete, Führung sowie Verantwortung zu übernehmen. Denn das ist sein politisches Mandat. Im Übrigen dürfte ein solches Vorgehen dem Beschluss der Gemeindevertretung eher entsprechen, die Bürgerinnen und Bürger einzubinden und zu beteiligen.

Die durchgeführte Haushaltsbefragung wird dem erweckten Anspruch einer Bürgerbeteiligung jedenfalls nicht gerecht. Die Verwaltung erklärte auf Anfrage lapidar: „... die Umfrage macht auch Exil-Stahnsdorfern, Urlaubern etc., aber auch weiteren Haushaltsangehörigen die Beteiligung möglich. Gleichzeitig wird auch die Diskussion innerhalb der Haushalte/Familien angeregt. ...". Weiterhin heißt es dort, dass die Repräsentativität der Umfrage nicht im Mittelpunkt stand.

Über solche kleinen aber feinen Details der fehlenden Repräsentativität setzt man sich in gewohnter Weise hinweg. Demokratische Meinungsbildung wird hier durch eine suggestive Befragung ersetzt.

Für alternative Überlegungen ggf. sogar jenseits der Ergebnisse der AG Ortsmitte bleibt kein Raum. Da trifft es sich

Fortsetzung auf Seite 5

Weiter Stillstand beim Straßenbau

Die Stahnsdorfer CDU kämpft seit geraumer Zeit für die Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur unseres Ortes. Sei es bei der S-Bahn-Verlängerung von Teltow nach Stahnsdorf, der Straßenanbindung des Gewerbegebiets oder beim dringend notwendigen Ausbau der Siedlungsstraßen – zu oft scheuen die anderen Parteien und Wählergruppen in der Gemeindevertretung den konsequenten Schritt in die richtige Richtung. Wir sprachen darüber mit Claus-Peter Martensen, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion in der Gemeindevertretung und des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses (BVU) der Gemeinde Stahnsdorf. Er beklagt die Verweigerungshaltung der Mehrheit der Gemeindevertreter beim „Ausbau der Siedlungsstraßen".

„Der Stanesdorper": Weshalb glauben Sie, dass die Bürger der Gemeinde den Ausbau der Siedlungsstraßen wollen?

Martensen: Zunächst brachten die Stahnsdorfer bereits bei einer Umfrage im Jahr 2000 zum Thema „Wohlfühlen in Stahnsdorf" sehr klar zum Ausdruck, was sie von der Politik für eine lebenswerte Zukunft in der Gemeinde erwarten. Hauptkritikpunkt war der schlechte Straßenzustand. Die Anwohner forderten schnellstmögliche Abhilfe. Erst auf Platz zwei folgte die soziale Infrastruktur – also Schule, Kita, Hort, Sporthallen. Aufgrund des enormen Zuzuges junger Familien – Stahnsdorf hat sich bei der Einwohnerzahl seit der Wende quasi verdoppelt – entschied damals die Gemeindevertretung, zunächst die soziale Infrastruktur zu optimieren. Der Straßenausbau wurde zurückgestellt. Und da steht er noch heute, weil vielen Gemeindevertretern der Mut fehlt, sich klar zum Straßenbau zu bekennen.

Aktuell sind es die vielen Hinweise und Anfragen, die uns als Fraktion erreichen. Immer mehr Anwohner beklagen den desolaten Zustand der Buckelpisten vor ihrem zu Hause. Sie fordern schnellstmögliche Abhilfe.

„Der Stanesdorper": Wie viele mangelhafte Straßen gibt es in Stahnsdorf?

Martensen: In Stahnsdorf und den Ortsteilen gibt es nach Auskunft der Verwaltung ca. 70 Straßen mit ungebundener Befestigung, also Sandstraßen wie im Mittelalter, wo die Menschen noch mit Ochsenkarren durch die Gegend fuhren. Zusätzlich gibt es noch ca. 40 Straßen mit sonstigen Befestigungen wie Betonplatten oder Altpflaster, die ebenfalls dringend einer Erneuerung bedürfen. Dies ist für die Gemeinde eine Herkulesaufgabe, die nicht von heute auf morgen erledigt werden kann. Aber sie muss jetzt in Angriff genommen werden. Darauf haben die Bürger ein Recht.

„Der Stanesdorper": Wer ist für den Straßenausbau zuständig?

Martensen: Ganz klar: Der Ausbau der Straßen ist eine Pflichtaufgabe der Gemeinden. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Gemeinden einschließlich der kreisfreien und kreisangehörigen Städte für über 63 Prozent der Straßen verantwortlich. Wenn man durch die Lande fährt, erkennt man schnell, dass fast alle Gemeinden sich dieser Pflichtaufgabe gestellt haben. Nur in Stahnsdorf tut sich nichts. Es bleibt festzuhalten, dass es in Deutschland kaum eine vergleichbare Gemeinde mit so vielen schlechten Straßen gibt wie in Stahnsdorf.

Schauen Sie sich beispielsweise die Gemeinde Brieselang an. Auch hier gab es erheblichen Nachholbedarf. Der dortige Bürgermeister und seine Gemeindevertretung haben sich aber nicht wie bei uns gegenseitig blockiert, sondern sich der Aufgabe gestellt und an einem Strang gezogen. Zum Wohl der Gemeinde.

„Der Stanesdorper": Und wer trägt die Kosten?

Martensen: Die Kosten tragen Gemeinde und Anlieger bzw. Grundstückseigentümer gemeinsam. Wenn auch zu unterschiedlichen Anteilen. Darüber hinaus gilt es, hier auch zu unterscheiden zwischen Erschließung – also der

erstmaligen Herstellung einer Straße – und Ausbau, durch den eine bereits vorhandene Straße lediglich erneuert oder nachgebessert werden soll. Die Kostenansätze differieren erheblich.

„Der Stanesdorper": Wie verteilen sich die Kosten?

Martensen: Bei Erschließungsmaßnahmen haben die Eigentümer laut Baugesetzbuch maximal 90 Prozent der Baukosten zu tragen, die Gemeinde mindestens zehn Prozent. Allerdings kann die Gemeinde ihren Anteil per Satzung auch erhöhen.

Für die Beiträge zu Erneuerung oder Nachbesserung bereits vorhandener Straßen gilt die verabschiedete Ausbaubeitragssatzung unserer Gemeinde. Hier fallen für die Eigentümer deutlich niedrigere Kosten an, die zudem nach der verkehrstechnischen Bedeutung der Straße gestaffelt sind.

„Der Stanesdorper": Könnte die Gemeinde nicht darauf verzichten, Beiträge zu erheben?

Martensen: Klares Nein. Sie ist sowohl nach dem Baugesetzbuch als auch nach dem Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg dazu verpflichtet.

„Der Stanesdorper": Was können Anwohner tun, wenn die Gemeinde nicht tätig werden will?

Martensen: Bei der erstmaligen Herstellung einer Straße ist der anwohnerfinanzierte Straßenbau grundsätzlich möglich. Sei es, weil die Gemeinde das Geld für ihren Anteil nicht aufbringen kann, sei es, weil Anlieger ihre Straße schneller ausgebaut haben wollen, als dies in der Prioritätenliste vorgesehen ist. Dafür gibt es in Brandenburg mittlerweile auch schon erfolgreiche Beispiele wie etwa Brieselang, Nuthetal, Kremmen oder Treuenbrietzen.

Erforderlich ist dazu, dass sich eine Mehrheit der Anlieger einer Straße oder eines Wohngebiets dafür einsetzt und bereit erklärt, den Kostenanteil der Gemeinde mit zu übernehmen. Solche Maßnahmen sollten eng mit der Gemeinde abgestimmt und die Ausbaustandards eingehalten werden, da die Gemeinde die Straßen später übernehmen und für die Instandhaltung sorgen muss.

„Der Stanesdorper": Gibt es in Stahnsdorf eine Prioritätenliste Straßenausbau?

Martensen: Ein sehr heikler Punkt. Der Entwurf einer Prioritätenliste liegt seit Jahren vor. Eine klare politische Willensbekundung für die Ausbaumaßnahmen steht jedoch noch immer aus.

So kann es aber nicht weitergehen. Das Problem lässt sich nicht aussitzen. Die gewählten Gemeindevertreter müssen endlich den Mut aufbringen, den Startschuss zu geben. Der Stillstand muss dringend beendet werden. Denn Stillstand ist Rückschritt. Das hat unser Stahnsdorf nicht verdient.

„Der Stanesdorper": Danke für das Gespräch.

Ihr Ansprechpartner: Claus-Peter Martensen